

## Sitzungsniederschrift

### 4. Sitzung des Finanzausschusses

Sitzungsort: <b>Kreishaus Aurich, Sitzungssaal 1.106, Fischteichweg 7-13, 26603 Aurich</b>		
Sitzungsdatum: <b>15.02.2017</b>	Sitzungsbeginn: <b>15:36 Uhr</b>	Sitzungsende: <b>17:08 Uhr</b>

Mitglieder / Anwesende	Fraktion Gruppe	Funktion Anmerkung
<b>Vorsitz</b>		
Gossel, Arnold	CDU	
<b>Mitglieder</b>		
Bargmann, Bodo	CDU	
Feldmann, Julia	SPD	
Harms, Antje	SPD	
Jelken, Friedhelm	CDU	
Jeromin-Oldewurtel, Beate	GRÜNE	
Kleinert, Ingeborg	SPD	Vertretung für Frau Barbara Kleen
Looden, Holger	AfD	
Meyer, Alfred	SPD	
Roß, Helmut	Roß	
Seelgen, Blanka	DIE LINKE.	
Siebels, Wiard	SPD	
Strömer, Wilhelm	FW	
<b>Grundmandat</b>		
Meyerholz, Hans-Gerd	GFA	
<b>Gäste</b>		
Wirsik, Petra	GRÜNE	
<b>Verwaltung</b>		
Hanekamp, Nicole		Protokollführerin
Saathoff, Irene		Amtsleiterin Zentrale Finanzverwaltung

---

Weber, Harm-Uwe

Landrat

---

**Nicht anwesend:**

**Mitglieder**

---

Kleen, Barbara

SPD

---

## Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 
1. Eröffnung der Sitzung

---

  2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

---

  3. Feststellung der Tagesordnung

---

  4. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 26.01.2017

---

  5. Einwohnerfragestunde

---

  6. 3. Beratung des Haushaltsplanes 2017

---

  7. Verschiedenes, Wünsche, Anregungen

---

  8. Einwohnerfragestunde

---

  9. Schließung der Sitzung
- 

Öffentlicher Teil:

**TOP 1** Eröffnung der Sitzung

**Vorsitzender Gossel** eröffnete um 15.36 Uhr die 4. Sitzung des Finanzausschusses. Er begrüßte die Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter der Verwaltung und die Vertreter der Presse.

---

**TOP 2** Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

**Vorsitzender Gossel** stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Abgeordnete Kleinert nahm für die Abgeordnete Kleen an der Sitzung teil.

---

**TOP 3** Feststellung der Tagesordnung

Da es keine Einwände gegen die Tagesordnung gab, wurde diese festgestellt.

---

**TOP 4**      **Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 26.01.2017**

Die Niederschrift über die 3. Sitzung des Finanzausschusses vom 26.01.2017 wurde einstimmig genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 13      Nein-Stimmen: 0      Enthaltungen: 0  
➔ **einstimmig beschlossen**

---

**TOP 5**      **Einwohnerfragestunde**

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen keine Wortmeldungen vor.

---

**TOP 6**      **3. Beratung des Haushaltsplanes 2017**

**Frau Saathoff** setzte ihre Erläuterungen aus den Sitzungen des Finanzausschusses am 19. und 26.01.2017 auf der Seite 1 des Investitionsplanes (Anlage 2 zur Sitzung des Finanzausschusses am 19.01.2017) fort.

Bei den Dienstfahrzeugen für die Verwaltung (I10-00-001) sei in diesem Jahr die Übernahme aus Leasingverträgen (Anschaffung eines Fahrzeuges für den beim Landkreis Aurich beschäftigten Maler und ein Blitzfahrzeug) vorgesehen. Außerdem soll ein gebrauchter Sprinter für das Amt für Kinder, Jugend und Familie (Zeltfreizeit) angeschafft werden.

**Abgeordneter Meyerholz** wollte wissen, ob der Haushaltsansatz 2016 in Höhe von 83.400 € verausgabt worden ist.

Anmerkung der Verwaltung:

*Von dem Haushaltsansatz wurden 8.500 € für die Anschaffung eines Fahrzeuges verausgabt. Die restlichen Haushaltsmittel wurden zur Deckung einer überplanmäßigen Auszahlung (6/2016) für die Anschaffung von Büromöbeln und einer Küche für die Räumlichkeiten des ehemaligen LKV-Gebäudes in Georgsheil herangezogen. Diese Eilentscheidung wurde in der Sitzung des Kreisausschusses am 25.01.2017 bekannt gegeben.*

**Frau Saathoff** informierte weiter, dass insgesamt ca. 800.000 € vom Finanzhaushalt in den Ergebnishaushalt verschoben worden seien, weil die Anschaffungen von beweglichen Vermögensgegenständen mit Anschaffungswerten zwischen 150 und 1.000 € aufgrund einer Gesetzesänderung ab dem 01.01.2017 im Ergebnishaushalt zu veranschlagen seien.

Für Elektrofahrzeuge seien zwei Ladestationen eingeplant (I10-17-001).

Die an das Land zu zahlende Krankenhausfinanzierung sei in Höhe von 2.410.000 € (I20-00-002) vorgesehen.

Für den Verkauf von Erbbaurechtsgrundstücken seien Einzahlungen in Höhe von 50.000 € (I20-00-004) eingeplant.

**Abgeordneter Strömer** fragte nach, wie viele Erbbaurechtsverträge zurzeit noch vorliegen würden.

**Frau Hanekamp** informierte, dass der Landkreis zurzeit etwa 110 Erbbaurechtsverträge habe.

**Frau Saathoff** führte weiter aus, dass für den Geschäftsanteil der Trägergesellschaft der Zentralklinik (I20-15-001) weitere 500.000 € als Einlage in diesem und weitere 1,25 Mio. € (Vorjahr überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 5 Mio. €) als Kapitalrücklage im nächsten Jahr eingeplant seien. Die Stadt Emden habe diese Haushaltsansätze ebenfalls eingeplant.

Eine Rückerstattung aus der Kapitalrücklage der Zentralklinik (I20-19-001 und I20-19-002) sei für das Haushaltsjahr 2019 in Höhe von 3 Mio. € vorgesehen. Geplant sei, diese Summe zur Erhaltung des Kapitals der UEK gmbH zu verwenden.

**Landrat Weber** ergänzte, dass zurzeit Kosten für Planungen ausgegeben würden. Diese seien zum Teil auch erstattungsfähig durch das Land und könnten bei Erhalt zurückgeführt werden.

**Abgeordneter Bargmann** fragte im Zusammenhang mit der Erläuterung der investiven Ansätze des Ordnungsamtes durch Frau Saathoff, ob die Mittel für die Anschaffung eines Brandschutzcontainers noch zur Verfügung stehen würden.

Anmerkung der Verwaltung

*Der für eine außerplanmäßige Auszahlung benötigte Deckungsbetrag wird im Rahmen der Restebereinigung wieder zur Verfügung gestellt.*

**Frau Saathoff** teilte mit, dass die Haushaltsmittel für die Anschaffung des Brandschutzcontainers noch zur Verfügung stehen.

**Abgeordneter Bargmann** wollte wissen, was mit der Neuanschaffung von Stromaggregaten (Tankstellen), I32-16-005, gemeint sei.

Anmerkung der Verwaltung:

*Für den Fall eines flächendeckenden Stromausfalls soll mit den Notstromaggregaten der Strom an den Tankstellen eingespeist werden, damit die Katastrophenschutzeinheiten (u.a. Feuerwehr, Rettungsdienst, Polizei) mit Kraftstoff versorgt werden können.*

**Frau Saathoff** erläuterte weiter, dass das Dienstfahrzeug für die Ehrenbeamten der Kreisfeuerwehr abgängig sei und aus diesem Grund ein neues Fahrzeug für ca. 20.000 € angeschafft werden solle (I32-17-006).

**Abgeordnete Harms** fragte nach, ob der bei der Stadt Aurich vorliegende Antrag bezüglich der finanziellen Unterstützung zur Anschaffung eines Ventilators für einen LKW der Feuerwehr auch beim Landkreis vorliege.

**Landrat Weber** antwortete, dass ihm dieser Antrag noch nicht bekannt sei.



**Abgeordneter Siebels** ergänzte, dass im Brandschutzgesetz geregelt sei, dass bei der erforderlichen Anschaffung von einzelnen Geräten für bestimmte Firmen eine Erstattung durch die Firma gefordert werden könne. In dem von Frau Harms geschilderten Fall sei eine Erstattung aber nicht möglich.

**Abgeordneter Bargmann** teilte mit, dass sich bei dem von der Abgeordneten Harms angesprochenen Fahrzeug um ein überregionales Fahrzeug handle, das in allen Industriegebieten zur Anwendung komme. Er schlug eine Beteiligung des Landkreises vor.

**Landrat Weber** merkte an, dass es sich bei dem Vorschlag des Abgeordneten Bargmann um eine Besonderheit handle, wenn im Finanzausschuss zusätzliche Ausgaben angeregt werden.

**Frau Saathoff** informierte, dass sich die im Vergleich zum Haushaltsansatz 2016 erhöhte Kreditaufnahme in den Jahren 2017 und 2018 in erster Linie aus den Investitionen in die Breitbandversorgung und dem Neubau der IGS Aurich-West ergebe.

**Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel** warnte vor der Nettoneuverschuldung. Die eventuelle Erhöhung der Zinsen müsse berücksichtigt werden.

**Landrat Weber** sagte, dass bei der Nettoneuverschuldung bedacht werden müsse, dass den Krediten Vermögenswerte gegenüber stehen würden.

**Abgeordneter Meyer** ergänzte, dass aufgrund der langfristigen Zinsbindung der Kaptaldienst zurzeit niedrig sei.

**Frau Saathoff** erläuterte die Nettoneuverschuldung anhand der Zusammenfassung des Investitionsplanes gemäß der Anlage 1 und die Entwicklung der Finanzausgleichsleistungen und der Kreisumlage für die Jahre 2017 bis 2020 (Anlage 2).

Der Ergebnishaushalt 2017 sei voraussichtlich ausgeglichen. Gemäß den aktuellen Pro-Kopf-Beträgen würden die Schlüsselzuweisungen in diesem Jahr bei 37 Mio. € liegen. Die aktuellen Bescheide des Landes würden ca. Ende März/Anfang April vorliegen.

Die Erträge aus der Kreisumlage 2017 seien mit 112,7 Mio. € veranschlagt worden, hiervon würde die Stadt Aurich ca. 40,7 Mio. € zahlen.

Die Erträge aus dem Finanzausgleich und aus der Kreisumlage würden für 2017 voraussichtlich bei insgesamt 156,1 Mio. € liegen, dieses seien 4,7 Mio. € mehr als noch im Haushaltsplan 2016 für das Finanzplanjahr 2017 vorgesehen.

**Frau Saathoff** führte fort, dass die an das Land zu zahlende Entschuldungsumlage bei 430.000 € liege. Der Verlustausgleich für die Ubbo-Emmius-Klinik sei für 2017 mit 10 Mio. € eingeplant worden.

**Abgeordneter Meyerholz** fragte nach, wie hoch der Anteil des Landkreises bei der Entschuldung der Gemeinden sei.

**Landrat Weber** antwortete, dass bisher 15 % von der Gesamtsumme, die das Land an Entschuldungshilfe gezahlt habe, vom Landkreis gezahlt würden.

**Frau Saathoff** informierte, dass bei den Erträgen für die Finanzplanjahre 2018 bis 2020 die laut Orientierungsdaten vorgesehene prozentuale Steigerung aufgrund geänderter Basis nicht in voller Höhe, sondern lediglich mit 2 % eingeplant sei. Die Erträge aus der Kreisumlage von der Stadt Aurich würden im Jahr 2018 voraussichtlich 12,5 Mio. € (25,2 statt 37,7 Mio. €) und im Jahr 2019 rund 5,5 Mio. € (32,5 statt 38,0 Mio. €) niedriger als im letzten Jahr geplant ausfallen. Dieses führe dazu, dass das Planungsjahr 2018 nach bisherigem Stand voraussichtlich nicht ausgeglichen werden könne und Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen im nächsten Jahr erforderlich sein könnten.

Für morgen sei ein Treffen der fraktionsübergreifenden Arbeitsgruppe Haushaltskonsolidierung geplant. Wenn eine Teilnahme der Verwaltung gewünscht sei, bitte sie darum, die Sitzungen nach den Haushaltsberatungen zu legen. Herr Beekhuis habe sie darum gebeten, diese Fragestellung heute anzusprechen.

**Frau Saathoff** erläuterte kurz die Struktur der verteilten Übersicht mit den freiwilligen Aufgaben (Anlage 3).

**Abgeordnete Seelgen** wollte wissen, warum die Einladung zur Haushaltskonsolidierungsgruppe von dem SPD-Vorsitzenden und nicht von der Verwaltung erfolge.

**Landrat Weber** sagte, dass es sich bei den Sitzungen zur Haushaltskonsolidierung um eine Angelegenheit handele, die die Fraktionen ohne Beteiligung der Verwaltung vereinbart hätten.

**Abgeordneter Strömer** sprach sich dafür aus, das Treffen zur Haushaltskonsolidierung nicht so weit nach hinten zu verschieben. Wenn in der Haushaltsplanung etwas beeinflusst werden solle, müsse rechtzeitig begonnen werden.

**Vorsitzender Gossel** wies darauf hin, dass für das Haushaltsjahr 2017 wenig Spielraum bestehe, weil die meisten Ansätze bereits mit Beschlüssen hinterlegt seien.

**Abgeordneter Meyer** meinte, dass ein Treffen zur Beratung der Haushaltskonsolidierung ohne Frau Saathoff wenig Sinn mache. Er schlug vor, nach Abschluss der Haushaltsberatungen eine Abstimmung zur Terminierung der interfraktionellen Arbeitsgruppe vorzunehmen.

**Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel** bemängelte, dass die Politik nicht bei der Haushaltsberatung beteiligt werde. Ihr sei die Beratung in der Haushaltskonsolidierungsgruppe wichtig, um über die Fraktionsgrenzen hinweg einen Konsens zum Schuldenabbau zu finden.

**Landrat Weber** sagte, dass die Terminierung der Haushaltskonsolidierungsgruppe nicht in der heutigen Sitzung besprochen werden müsse.

**Abgeordneter Meyer** bat die anwesenden Mitglieder der Arbeitsgruppe, nach der heutigen Sitzung das Treffen der Haushaltskonsolidierungsgruppe zu klären.

**Abgeordnete Wirsik** fragte nach, woraus sich ergebe, dass die meisten Ausgaben schon beschlossen worden seien.

**Frau Saathoff** teilte mit, dass in der Übersicht (Anlage 3) viele sogenannte freiwillige Aufgaben enthalten seien, die aber zum Teil durch Beschlüsse abgedeckt seien bzw. deren Aufgabenwahrnehmung gesetzlich geregelt sei.



**Frau Saathoff** informierte ausführlich über die zusätzlichen Maßnahmen der Bauunterhaltung gemäß der Anlage 4. Hierbei handele es sich um werterhaltende Maßnahmen, die vom Technischen Gebäudemanagement angemeldet worden seien. Die grün hinterlegten Beträge seien Maßnahmen aus dem Haushaltsplan 2016. Die gelb markierten Beträge würden neu angemeldete Maßnahmen darstellen.

Bei den Schulen seien 733.000 € und bei den Verwaltungsgebäuden 393.500 € neue Bauunterhaltungsmaßnahmen angemeldet worden. Bei den Schulen müsse eine Schadensersatzleistung in Höhe von 455.000 € als Ertrag berücksichtigt werden.

Im Rahmen der Haushaltsberatungen müsse, sofern möglich, entschieden werden, welche Maßnahmen umgesetzt oder gegebenenfalls später durchgeführt werden sollen.

**Abgeordneter Siebels** zeigte sich überrascht, dass plötzlich Mehraufwendungen von über 1 Mio. € anfallen. Er stellte sich die Frage, ob es wegen der Unterscheidung Aufwand / Investition zu diesem Mehraufwand komme und ob auch für 2018 eine ähnlich hohe Summe zu erwarten sei.

**Frau Saathoff** sagte, dass es sich um Maßnahmen handele, deren Erforderlichkeit sich in den letzten Wochen und Monaten herausgestellt habe. Man könne nicht ausschließen, dass auch in den Folgejahren weitere Maßnahmen erforderlich würden.

**Abgeordneter Siebels** sprach sich dafür aus, die Maßnahmen zeitlich zu strecken.

**Frau Saathoff** wies auf den nicht ausgeglichenen Finanzplanungszeitraum hin. Eine Verschiebung der zusätzlichen Bauunterhaltungsmaßnahmen sei daher schwierig.

**Abgeordneter Meyerholz** meinte, dass die vorgesehene Bauunterhaltung für das Frauenhaus mit 92.000 € ziemlich hoch sei. Er fragte nach, welche Maßnahmen hier genau geplant seien.

**Frau Saathoff** informierte, dass u.a. die Herrichtung eines behindertengerechten Zimmers mit Bad, Sanierung weiterer sanitärer Einrichtungen sowie Maler- und Bodenbelagsarbeiten vorgesehen seien. Nach der Sanierung würde zudem die Anschaffung von neuem Inventar erforderlich sein.

**Abgeordnete Kleinert** schlug vor, diesen Punkt in der nächsten Sitzung des Sozialausschusses zu beraten.

---

**TOP 7**      **Verschiedenes, Wünsche, Anregungen**

***Videoüberwachung für die Tiefgarage des Carolinenhofes***

**Abgeordneter Roß** wies darauf hin, dass er im Zusammenhang mit dem Überfall in der Tiefgarage des Carolinenhofes vor einigen Monaten bereits eine Videoüberwachung vorgeschlagen habe.

**Personelle Situation in der Zentralen Finanzverwaltung / Sachstand Jahresabschlüsse**

**Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel** erkundigte sich wegen der noch ausstehenden Jahresabschlüsse nach der personellen Situation in der Zentralen Finanzverwaltung.

**Frau Saathoff** informierte, dass bereits seit längerer Zeit zwei Mitarbeiterinnen erkrankt seien und eine Mitarbeiterin in einem Monat in Mutterschutz gehe.

Eine Kollegin solle von der Kreiskasse in die Finanzwirtschaft wechseln, um bei den Jahresabschlussarbeiten mitzuwirken. Zwei Stellen seien zurzeit ausgeschrieben. Nach Besetzung dieser zwei Stellen, könne die Umsetzung der Kollegin in die Finanzwirtschaft erfolgen.

**Landrat Weber** ergänzte, dass der Jahresabschluss 2011 fertiggestellt sei. Zurzeit würde eine Abstimmung mit dem Rechnungsprüfungsamt erfolgen. Evtl. könne eine Beschlussfassung noch im März erfolgen.

---

**TOP 8**      **Einwohnerfragestunde**

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen keine Wortmeldungen vor.

---

**TOP 9**      **Schließung der Sitzung**

**Vorsitzender Gossel** schloss die Sitzung mit einem Dank an die Teilnehmer um 17.08 Uhr.

---

gez. Gossel  
Vorsitzender

---

gez. Hanekamp  
Protokollführerin